

Vosener Zeitung.

Einundneunzigster Jahrgang.

Dienstag, 13. Mai.

1884.

Annoncen-Bureau.
In Vosen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wubelmstr. 17) bei C. J. Alrici & Co. Breitestraße 20, in Grätz bei J. Strickland, in Meseritz bei H. Matthes, in Breschen bei J. Jochheim.

Annoncen-Bureau.
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Paube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Hoffe. In Berlin, Dresden, Coblenz beim „Invalidendank“.

Nr. 332

Das Abonnement auf diese Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt Vosen 4/8 Mark, für ganz Deutschland 6 Mark 48 Pf. Bestellungen zu nehmen alle Postämter bei denen sie zu haben sind.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaaltene Zeile ober deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 6 Uhr Nachmittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 12. Mai. Der König hat den Landrath Harte zu Kalbe a. S. zum Regierungsrath, und den bisherigen Kreis-Schulinspektor Sternkopf zu Jasterburg zum Regierungsrath und Schulrath ernannt. Derselbe ist der Regierung zu Gumbinnen überwiesen worden.

Deutscher Reichstag.

25. Sitzung.

Berlin, 12. Mai. Am Tische des Bundesraths: v. Bötticher, v. Puttkamer, Dr. v. Schelling. Präsident von Levetzow eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 30 Minuten.

Das Haus tritt in die dritte Beratung des Gesetzes, betr. die Verlängerung des Sozialistengesetzes.

Abg. Dr. Wendt beantragt, über die vorliegenden Resolutionen der Abgeordneten Dr. Windthorst und Stöcker zur Tagesordnung überzugehen.

Der Antrag findet nicht die genügende Unterstützung.

Abg. Bebel: Ich habe bereits in der ersten Lesung ausgeführt, daß alles Neben hier im Hause nichts helfen würde, da das Gesetz doch angenommen werden würde. Trotzdem hat man sich in dreitägigen Debatten ergangen, das Resultat aber ist das von mir vorausgesagte gewesen. Das Gesetz ist angenommen durch die Unterstützung eines Theils des Zentrums und der freisinnigen Partei — hätten beide Parteien ihrem Programm gemäß gehandelt, das Gesetz wäre nicht durchgegangen. Das Zentrum nennt sich eine christliche Partei, ihre Lösung muß die Wahrheit, die Liebe zum Nächsten sein. Gegen diese Lösung hat das Zentrum in seiner Abstimmung gehandelt. Das Zentrum hat einen Antrag auf Aushebung der Expropriation eingebracht und Sonnabend nach der Expropriation der Sozialdemokraten zugestimmt und damit die Kulturkampfgesetze der letzten 12 Jahre gutgeheißen. Wir aber werden Ihnen beweisen, daß wir bessere Christen sind als Sie (Weiterlekt).

Abg. Reichensperger hat am Sonnabend einen oratorischen Vortrag ausgeführt. Alles aber, was er von Gründen für die Verlängerung des Sozialistengesetzes für die Sozialdemokratie geltend gemacht hat, kann man wörtlich auch für die Verlängerung des Sozialistengesetzes für das Zentrum anführen. Bei der Expropriation der Klerrikalen handelt es sich um Männer, die von anderer Seite gestützt werden und überall Halt finden. Das sozialdemokratische Familienvater aber verliert und drohlos gemacht werden, hält er als guter Christ für nichts Schlimmes — nun, er wird ja einen Richter finden, der ihn abfolirt, Schwere aber Abolition vor der öffentlichen Meinung. (Beifall.)

Wir sind der Kirche nicht feindlich, unser größter Feind ist die Klassenherrschaft. In unserem Programm heißt es, die Religion ist Privatfache. Wir verlangen von unseren Parteigenossen nur Stellungnahme zu den wirtschaftlichen Fragen; unsere Stellung zum Atheismus ist begründet auf der Lehre des Materialismus. Wenn Sie, meine Herren, in dem Atheismus Ihren Feind erblicken, so wenden Sie sich gegen die materialistische Wissenschaft, (sehr richtig! rechts) aber dann bekämpfen Sie überhaupt die gesamte moderne Kultur-Entwicklung! (Widerspruch rechts.) Sie werfen uns anarchische Umtriebe, Dynamit-Attentate vor. Wo aber sind denn die meisten Dynamit-Attentate vorgekommen? Bei den katholischen Ländern! Und wo geschehen die meisten anarchischen Störungen? In protestantischen Deutschland etwa? Nein, in katholischen Frankreich, im katholischen Oesterreich. In den katholischen Rheinländern ist allerdings die Sozialdemokratie wenig vertreten, aber das liegt daran, daß z. B. die Kaplanen, die für das Zentrum werden, gleichzeitig Lassalle's Schriften vertheilen. Sie vom Zentrum haben uns in Verpöndungen weit überboten — wir konnten nur die irdische Seligkeit versprechen, Sie aber die himmlische, da waren wir denn überstrumpft. Sie haben gleichzeitig auch irdische Versprechungen gemacht, allmählig zeigt sich aber Ihren Wählern, daß Sie sie nicht halten konnten. Und wenn wir nur frei agitieren könnten, würden wir Sie aus vielen Wahlbezirken herauswerfen können. Das eben haben Sie gestrichelt und deshalb haben Sie am Sonnabend gegen uns gestimmt. — Von einem großen Theil der deutsch-freisinnigen Partei, zu der ich mich nun wende, ist das Programm der neuen Partei bereits durchbrochen worden, der Satz nämlich: „Gleiches Recht ohne Unterschied des Standes und der Partei!“ Das mit jener Abstimmung am Sonnabend dieser wichtige Punkt durchbrochen ist, hat ja auch die Parteipresse bereits anerkannt. Und nicht nur ein Theil der früheren Sezessionisten, sondern auch einige Fortschrittler haben für das Gesetz gestimmt und einige haben es vorgezogen, zu fehlen. Die ganze Haltung der deutsch-freisinnigen Partei gegenüber den Amendements Windthorst war schon charakteristisch. Die Partei hat gegen den Antrag zu § 28 gestimmt; hätten Sie das nicht gethan, so wären die Amendements angenommen und in Folge dessen die Auflösung des Reichstags erfolgt. Dies aber wollten die Herren unter allen Umständen vermeiden, selbst mit Aufopferung ihrer Prinzipien. Wir werden diese Taktik nicht vergessen und daher bei den nächsten Wahlen ganz anders gegen Sie auftreten als bisher. — Im Laufe der Diskussion hat Herr v. Puttkamer und andere Redner das oft erwähnte, von mir verfaßte Buch erwähnt; auch im Meininger Wahlkampf hat man dieses Buch gegen meine Partei ausgespielt. Ich verwahre mich aber nochmals dagegen, daß das Buch meiner Partei zur Last gelegt wird. Wenn man das Buch gegen mich allein ausspielen will, ist es mir recht, aber dann gebe man mir auch die Möglichkeit mich zu vertheidigen. Ich fordere Herrn v. Puttkamer auf, mir nachzuweisen, daß in meinem Buche das enthalten ist, was nach seinen kurz abgerissenen Citaten darin stehen soll. Ich habe in meinem Buche ganz hypothetisch gesprochen, mit aller Reserve, die dem denkenden Menschen geboten ist. Was Herr v. Puttkamer aus meiner Schrift vorgebracht, war ein Zerbild und dagegen nur will ich mich verwahren. In nächster Zeit erscheint eine neue Auflage meines Buches — ich will auf mein Autorenrecht verzichten, mag Herr v. Puttkamer aus dem Neptilienfonds (Weiterlekt) die Mittel gewähren, jedem Reichswähler ein Exemplar in die Hand zu geben (große Heiterkeit). Ich denke, das ist ein sehr loyaler Vorschlag von meiner Seite, ich glaube aber Herr v. Puttkamer wird wenig Lust dazu haben. Er hat am Freitag gesagt, mein Buch appellire an die Sündhaftigkeit der menschlichen Natur; wenn ich aber die „Prov.-Korresp.“ lese, so bekomme ich doch eine eigene Anschauung von Herrn v. Puttkamer's Meinung von der Sündhaftigkeit. (Weiterlekt.) Herr v. Rinnigerode polemisiert gegen die freie Liebe, die mein Buch predigen soll. — Die Theorie natürlich — aber in der Praxis wird die freie Liebe

doch gerade in den Gesellschaftskreisen des Herrn v. Rinnigerode geübt. (Obol! Unruhe rechts.) Soll ich Sie an die Häuser und Stätten freier Liebe in allen großen Städten erinnern? Ein Spaziergang in den Dämmerungsstunden überzeugt Sie von der Existenz der freien Liebe wohl hinreichend. — Ich komme zum Schluß. Sie glauben, mit der sozialen Reformgesetzgebung die Sozialdemokratie befriedigen zu können. Ich halte das für aussichtslos. Der gesellschaftliche Boden muß für die Ideen reif sein. Ein Assale wäre, würde er 50 Jahre früher erschienen, verachtet worden. So war es mit dem Christenthum im Anfange, so ist es jetzt mit der Sozialdemokratie. Der Boden ist jetzt aber allmählig durch die Proletarisierung der Massen für die Sozialdemokratie fruchtbar geworden. Deshalb werden Sie der Ausbreitung der sozialistischen Idee nicht mehr entgegen treten können. Unser kleiner Handwerkerstand, unser kleiner Bauernstand gehört dem Sozialismus bereits an — all' Ihre Vorschläge mit Zukunftsgeboten und dergl., all' Ihre Versuche, die Entwicklung künstlich zurückzuschrauben, sind unionsf. Die kapitalistische Produktionsweise hat den Boden für uns befruchtet, Ihre Palliativmittel können nichts mehr helfen. Die Folge dieser Zustände ist das Entstehen eines Gelehrtenproletariats; überall herrscht ein Zustand der Unruhe und der Erwartung, was soll geschehen? Und da glaubt die Regierung Abhilfe schaffen zu können mit ihrer Sozialreform? Wesentlich dieses Gefühl der Hilflosigkeit war es, was den Herrn Reichskanzler zu dem Versprechen des Rechts auf Arbeit geführt hat. Nun, wir werden ihn beim Worte nehmen, wir haben ja unsern Antrag bereits gestellt. Will Fürst Bismarck Ernst machen mit seinem Vorschlage, dann treibt er einen Keil in die Gesellschaft, dann braucht er aber auch kein Ausnahmengesetz mehr, dann muß er ja froh sein, uns als Bundesgenossen zu haben. (Beifall links.) All' Ihre Reden machen mir den Eindruck, als wünschten Sie Gewalt — verpassen Sie aber nicht: wir können der Bewegung keine bestimmte Richtung geben, wir können sie aber auch nicht hemmen. Sie haben das Gesetz genehmigt, Sie werden die Folgen zu tragen haben.

Abg. Dr. Bamberg: Der Herr Redner hat sich veranlaßt gesehen, gegen meine Partei zu polemisieren, weil ein Theil derselben für die Verlängerung des Gesetzes gestimmt habe. Etwas Anderes ist die Belehrung einer ganzen Partei und die Zurückstellung eines Einzelnen. Herr Bebel ist heute in die Fußstapfen des Reichskanzlers getreten und hat eine ganze Partei abgefanzelt. Ich bin jedem Redner für derartige Vorwürfe dankbar; wer eine Partei derartig „angapft“, giebt mir immer die Gewähr, daß er das Gegenheil von dem wünscht, was er sagt. Man mag sich um unsere Einigkeit nicht kümmern, wir werden schon selbst dafür sorgen. Wer von unserer Einigkeit mäkelnd spricht, wünscht unsere Uneinigkeit. Herr Bebel hat uns Diplomatie vorgeworfen und Furcht vor der Auflösung des Reichstags für eine kleine Partei von 3 Mitgliedern in Diplomatie freies nicht nötig; wenn Herr Bebel eine große Partei kommandiren würde, er wäre auch diplomatischer. Es gab in unserer Partei eine Anzahl von Mitgliedern, die es vor ihrem Gewissen nicht verantworten zu können glaubten, gegen das Gesetz zu stimmen. Wenn Herr Bebel aber meinte, mehreren Abgeordneten hätten sich gedrückt, so scheint mir das doch wenig passend. — Herr von Rinnigerode hat neulich aus eine Rede, die ich 1878 gehalten, einige Stellen verlesen, die mich kompromittiren sollten. Er hat schlecht gemählt, ich hätte ihm weit kompromittirtere Stellen zeigen können. (Heiterkeit.) Ich bin immer der Meinung gewesen, daß die bürgerlichen und leitenden Kreise den Sozialismus zu sehr durch ihr ganzes Verhalten fördern und deshalb habe ich 1878 das Gesetz bewilligt mit den Worten: „Für mich bedeutet das Gesetz eine Umkehr in der Handlungsweise der bürgerlichen Klassen, ein Protest gegen die bisherige Praxis.“ Und da ich hierin mich getäuscht, so habe ich diesmal eben gegen das Gesetz gestimmt. — In der Diskussion der letzten Tage sind manderlei beachtenswerthe Aeußerungen laut geworden, so z. B. das Wort von dem Rechte auf Arbeit, das bedeutet in heutiger Zeit doch wohl die Organisation der Arbeit. Und wenn ein Mann von der Bedeutung des Reichskanzlers ein solches Wort ausspricht, so ist das der modernen Gesellschaft gegenüber eine sehr bedenkliche Aeußerung. Das Gesetz, das Sie verlängern wollen, verhindert für alle Parteien die Erkenntniß der eigentlichen Schäden des gegenwärtigen Zustandes. Das Gesetz erstift die Diskussion und deshalb bin ich gegen die Verlängerung des Gesetzes. Ich bin mit dem Reichskanzler darin einverstanden, daß ein Theil der Bevölkerung das Gesetz wünscht. Ja freilich, aber weshalb denn? Weil durch dieses Gesetz in weiten Kreisen ein Gefühl der Verübung und der Verweidlichung hervorgerufen wird. Sie hemmen mit dem Gesetze seit Jahren die geistige Diskussion und die Folge ist nun, daß die Bevölkerung in Furcht gerät, wenn einmal dieses Gesetz aufgehört. Das ist die schreckliche Wirkung dieses Gesetzes auf die Bürgerschaft. Das Umgekehrte müßte geschehen. Der Bürger müßte sich gewöhnen an die Worte der Sozialdemokratie und ihnen Widerstand leisten lernen. Das Gesetz aber ist ein Krankenheiler, ein Gesetz für Kranke, die aber nicht gesund können. — Und auch diejenigen meiner Parteigenossen, die diesmal noch für das Gesetz gestimmt haben, sind entschlossen, in Zukunft gegen dasselbe zu stimmen und dies ist wohl die beste Kritik des ganzen Gesetzes. (Beifall links.)

Abg. Dr. Reichensperger (Kreuzfeld) tritt den Beschuldigungen des Centrum's seitens des Abg. Bebel entgegen. Er habe sich generell gegen Ausnahmengesetze niemals ausgesprochen, ebenso wenig kann ich Herrn Bebel als Vertreter der Wissenschaft anerkennen. Das Kaplanen Schriften Lassalle's verbreitet haben, muß ich entschieden bekreiten.

Abg. Richter (Hagen): Abg. Bebel hat erwähnt, daß ich in einer Rede außerhalb dieses Hauses geäußert, die deutsch-freisinnige Partei würde geschlossen gegen den Sozialismus stimmen. In diesem Glauben besand ich mich bis zu der Fusion der Fortschrittspartei und der Sezessionisten. Erst nach der Fusion hörte ich, daß unbedacht unfertiges Programm einige Mitglieder der Partei sich vorbehalten, für das Gesetz zu stimmen. Der Herr Reichskanzler hat, als er von der Auflösung des Reichstags sprach, nichts gethan, was jene Herren zu einer Stimmabgabe gegen das Gesetz veranlassen könnte. Abg. Bamberg hat soeben erklärt, jene Herren würden in Zukunft für das Gesetz nicht mehr stimmen. Außerdem kommt für die nächste Zeit das Sozialistengesetz gar nicht mehr in Frage. Sollte ich nun, da einige Mitglieder von dem Programm abgesehen, aus der Partei auscheiden? Das wäre sehr unglücklich gerade jetzt, wo der Reichskanzler den Liberalismus aus's Neueste zu bekämpfen angebroht hat! Jeneher die neue Partei gemeinsam wirken wird, desto mehr werden die einzelnen Mitglieder sich zu einander fügen, und vor Allem wird die Generalschaft der anderen Parteien das ihre thun. Herr Bebel hätte doch am allerwenigsten zu sprechen sollen, da in seiner eigenen kleinen Partei erst dieser Tage eine Sezession erfolgt ist. Wir haben gegen die Amendements Wind-

thorst gestimmt, um das Gesetz zu Fall zu bringen — Herr Bebel wirft uns vor, wir hätten es gethan, um das Gesetz durchzubringen. Wenn die Annahme der Amendements das Gesetz unannehmbar machte, weshalb hat Herr Bebel dann nicht dafür gestimmt? Er weiß ja sonst so gut zu reden und zu schweigen, er ist viel diplomatischer als er scheint. (Heiterkeit.) Hätten wir für den Antrag Windthorst zu § 28 gestimmt, so hätte die Regierung darin eine Anerkennung des Belagerungszustandes für Berlin erblickt. Deshalb haben wir den Antrag verworfen. (Beifall links.)

Abg. Liebknecht: Von einer Sezession kann, das bemerke ich dem Vorredner, bei unserer Partei keine Rede sein. Namens meiner Parteigenossen gebe ich in Bezug auf das Gesetz selbst folgende Erklärung. Redner verliest eine längere Erklärung, worin es heißt, daß die Gründe, welche in der Diskussion für die Verlängerung des Gesetzes geltend gemacht sind, nicht ernst gemeint sind und daß es sich dabei nur um eine politische Machfrage handelt. Die Sozialdemokratie werde alle Kräfte daran setzen, daß der Sieg, der nach der Lage der Dinge zweifelhaft sei, der Sozialdemokratie zufalle.

Die Generaldiskussion wird geschlossen. Persönlich bemerkt Abg. Rittinghausen: Auf dem Kopenhagener Kongreß hat sich eine Schwenkung der Sozialdemokratie zu Gunsten des Kommunismus geltend gemacht. Ich kann mich, da ich auf dem Boden der alten Sozialdemokratie stehe, dieser Haltung nicht fügen und bin deshalb aus der Partei ausgeschieden.

Abg. Liebknecht bestrittet, daß eine derartige Schwenkung seiner Parteigenossen eingetreten sei.

Hierauf wird das Gesetz, betr. die Verlängerung des Sozialistengesetzes, definitiv angenommen. Es folgt nunmehr die Berathung der beantragten Resolutionen. Die vom Abg. Dr. Windthorst beantragte Resolution, worin der Bundesrath ersucht werden soll, dem Reichstage ein Gesetz vorzulegen, welches das gemeine Recht derart abändert und ergänzt, daß es Staat und Gesellschaft genügend vor besonderen Gefahren schützt, wird vom Antragsteller zurückgezogen.

Vom Abg. Dr. Windthorst ist folgender Antrag gestellt: in Erwägung, daß die eignen Mittel von Reich und Staat nicht hinreichen, um die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie in ihren eigentlichen Grundursachen zu treffen, vielmehr die Wurzel dieses Uebels nur dadurch ausgerottet werden kann, daß die Religion in das Herz des deutschen Volks wiederum weiter und tiefer eingepflanzt und darin zu irdischer Lebenskraft entfaltet wird,

den Bundesrath zu ersuchen, soweit seine Kompetenz reicht, dahin zu wirken, daß überall die Heimmisde belehrt werden, die christlichen Lehren, die die Grundlage der bürgerlichen Moral bilden, zu fördern und nur so geeigneten Wirksamkeit für Fortpflanzung und Förderung christlichen Glaubens und Lebens im deutschen Volke zur Zeit noch hindern oder besagen.

Abg. Dr. Windthorst: Die Tendenz meines Antrages ist Ihnen bekannt. Ich halte das Sozialistengesetz nicht für eine dauernde Institution und bin der Meinung, daß nur auf dem Boden des Christenthums die sozialistische Idee bekämpft werden kann. Ein Vertreter des Sozialismus hat soeben erklärt, er hoffe für seine Partei auf den Sieg. Ich sage, alle Parteien werden geschlossen dagegen kämpfen, alle Mittel des Staates und der Gesellschaft werden dagegen geltend gemacht werden. Ich glaube, daß die Majorität des Hauses mit mir einig ist, daß die soziale Gesetzgebung der Sozialdemokratie wirksam entgegenarbeiten. Aber diese materiellen Vorfahrungen allein können nicht genügen, die Menschheit muß wieder erfüllt werden von religiösen Gefühlen und dem verführenden Geiste des Christenthums. Ich freue mich, daß Minister v. Puttkamer mit mir einig ist, daß die hübsfertige Milderkeit der Religion Noth thut. Dann aber müssen die Institutionen der Kirche frei sein. Besonders in Preußen, aber auch sonst in Deutschland ist gegen die Kirche ein Krieg entbrannt, der mit solcher Energie seit zwölf Jahren geführt wird, daß wir kein Sozialistengesetz brauchen, hätte man mit gleicher Energie andere Tendenzen bekämpft. Machen Sie die Kirche, machen Sie das Christenthum frei, Herr v. Puttkamer, dann wird es Sie schätzen. (Beifall im Centrum.) Der Herr Minister bestrittet die Kompetenz des Bundesraths. Aber das deutsche Reich soll ein deutsches sein, die Fürsten und Leiter müssen immer wieder darauf hinweisen, daß die Religion die Basis ist, ohne welche das Reich krank und elend ist. Dieser Hinweis kann geschehen ohne den geschriebenen Buchstaben des Gesetzes. Hat man denn etwa nach der Kompetenz gefragt, als man das Heimathrecht aufhob und die Priester aus dem Lande trieb? Hat man nach der Kompetenz gefragt, als man die Soldaten zwang, zum Fahnenweide in Kirchen zu gehen, die sie nicht betreten dürfen? Deshalb bleibe man mir weg mit der Kompetenzfrage. (Beifall im Centrum.) Man hat meinen Antrag schwächen, seine Tendenz brechen wollen, indem man einen ähnlichen Antrag (Antrag Stöcker) stellte. Der Antrag aber hat nicht den Mannesmut, die Aufhebung der Ausweisungen zu fordern. Und Mannesmut ist heute nöthig; ich bleibe bei meinem Antrage stehen. (Beifall.) Ich sage offen, wer meinen Antrag nicht anzunehmen mag, hat kein Recht, für das Sozialistengesetz zu stimmen.

Der Antrag des Abg. Stöcker lautet, den Bundesrath zu ersuchen, in dem Bereich seiner Kompetenz dahin zu wirken, daß die christlichen Kirchen in der ungehemmten Entfaltung ihrer Lebenskräfte geschützt und gefördert werden.

Abg. Stöcker: Unser Antrag will den des Abg. Windthorst nicht durchkreuzen, wir wollen nur uns präzisieren ausdrücken. Der Begriff „Religion“ ist uns zu unbestimmt, wir wollen erklären, daß nur die christlichen Kirchen im Stande sind, der Sozialdemokratie entgegenzutreten zu können. — Abg. Bebel hat gemeint, die gegenwärtige Kultur könne nur sozialistische Früchte zeitigen; wir hoffen aber von der Macht der Persönlichkeiten, daß die Kultur auch fähig wird, andere Früchte als Dynamitattentate zu zeitigen. Mit Abg. Dr. Windthorst stimme ich überein, daß es der ganzen Macht der Kirche bedarf. Denn die Sozialdemokratie wie der Atheismus ist eine internationale Macht des Hasses — sie ist nur zu bekämpfen durch die internationale Macht der Liebe und des Friedens. (Auf links: Woju also Ausnahmengesetz!) Das Einsetzen der Persönlichkeit allein kann Etwas helfen, ich sehe das an meinen Erfolgen in Berlin: es ist der Sozialdemokratie nicht gelungen, in irgend einem Wahlbezirk Berlins einen Kandidaten durchzusetzen. (Heiterkeit links.) Das Recht auf Arbeit möchte ich präzisieren in dem Rechte auf Verhütung unverschuldeter Arbeitslosigkeit. (Weiterlekt links.) Der Staat kann nur bruchstückweise mit Gesetzen vorgehen, ein sozialdemokratisches Programm bietet den Menschen die ganze Welt. Nur eine ganze Weltanschauung kann den Menschen befriedigen und diese Weltanschauung muß das Christenthum sein. Ne

Atheismus ist die Quelle des Sozialismus und daher neigen sich die Sozialdemokraten weniger den sozialen Parteien, die auf dem Christentume stehen, zu, als den Parteien, mit denen sie sich nur in der Unkirchlichkeit begegnen. (Rufe links: Die Logik des Herrn Stöder. Heiterkeit.) Die soziale Gesetzgebung der Reichsregierung halte ich für segensreich. Als ich neulich in der Schweiz war, sprach dort ein bedeutender Mann mit Bewunderung über die Sozialreform des Reichskanzlers. (Abg. Richter ruft: „Wie heißt der Schweizer?“ Heiterkeit.) Aber die Sozialreform allein genügt nicht, die Kirche muß mithelfen. Die Bezeichnung „Religion“ im Antrage des Abg. Windthorst ist uns nicht erschöpfend — Religion glaubt jeder zu haben. Abg. Bebel hat gemeint, daß in höheren Gesellschaftskreisen freie Liebe herrsche. (Abg. Bebel ruft: Rein in allen!) Abg. Bebel mag es doch erst beweisen. Ich habe den Muth, die Unkraut zu bekämpfen, die Sozialdemokratie aber nicht. Sie, die Nachfolgerin Lassalle's, hat nicht das Recht, auf die Gesellschaft einen Stein zu werfen. Und wenn die Sozialdemokratie den Fürstentum predigt, so muß sie auch die Härte der Gesetze treffen. Und neben der Obrigkeit muß das Christentum wirken! Wir fühlen, wir haben nur eine Religion, nur eine Moral, das ist die des Christentums. Das sehen wir täglich im sozialen Leben und deshalb rufen wir, das Christentum muß in das Volksleben wieder hinein! (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Kein anderes Buch, wie das Neue Testament fordert so sehr den Schutz der Schwachen. Aber dieser Schutz darf nicht nur gefordert, er muß gethan werden. Wir müssen die Forderungen des Christentums praktisch durchführen! Wenn immer vom Unglaube als dem Feinde der Kirche die Rede ist, so darf man nicht vergessen, daß die Sozialdemokratie aus den Streitigkeiten der Kirchen Kapital schlägt. Deshalb thut der Friede zwischen der katholischen und protestantischen Kirche gerade in Deutschland Noth. Aber ich kann den Mitgliedern des Zentrums nicht den Vorwurf ersparen, daß sie unseren Bestrebungen entgegengetreten — ich erinnere an meinen Antrag über den kirchlichen Nothstand im preussischen Landtage. Auch wir sind gegen die Expropriation der Geislichen; wir werden seinerzeit Ihrem Antrage zustimmen, aber wir können diese Forderung doch nicht bei dieser Gelegenheit aufstellen. Wir sind jederzeit für Sonntagsheiligung, Normalarbeitszeit u. eingetreten, wie Sie! Vielleicht wird, wenn es zu spät ist, die internationale Nacht der Liebe anerkannt werden. Ich bitte Sie, thun Sie dies bald und nehmen Sie meinen Antrag an! (Beifall rechts.)

Abg. Günther (Sachsen) bedauert, daß überhaupt der Gesichtspunkt der Religion in die Diskussion gezogen worden, und hält es am besten, über die Resolutionen gar nicht abzustimmen. Die deutsche Reichspartei wird gegen beide Resolutionen stimmen, da sie es nicht rathsam hält, die kirchlichen und religiösen Streitigkeiten in den Reichstag zu versetzen, und dies am allerwenigsten an dem heutigen Tage bei Gelegenheit des Sozialistengesetzes.

Abg. Dr. Meyer (Sena): Ich will Sie nicht lange aufhalten. (Beifall.) Die nationalliberale Partei wird gegen die Resolution des Abg. Windthorst stimmen, da sie nicht anerkennen kann, daß in Deutschland irgend Jemand in der Ausübung des Gottesdienstes gehindert ist. (Unruhe im Centrum.) Gegen die Resolution Stöder aber werden wir stimmen, weil diese Resolution sich ausschließlich auf den Boden des Christentums stellt. (Aha! rechts.) In Deutschland aber soll Gleichheit für alle Religionen herrschen. Außerdem sehen wir in Herrn Stöder, Dank der Art wie er das praktische Christentum aufstellt, Dank seinen antisemitischen Agitationen, nicht die geringste Persönlichkeit zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. (Beifall rechts links, Zwischen rechts.)

Abg. Frei v. D. erklärt Namens der Minorität der Deutschen Reichspartei für den Antrag Windthorst stimmen zu wollen; der Antrag des Abg. Stöder sei doch nur ein Verlegenheitsantrag. Neuer werden sich niemals auf dem Wege nach Kanossa befinden; er kommt von der Seite her, die wir nicht anerkennen.

Abg. Dr. Wendt: Ohne wie Abg. Stöder theologisch gebildet zu sein, möchte ich ihn doch bitten, nicht immer Religion und Kirche zu verwerfen. Auch dem Abg. Dr. Meyer kann ich nicht zustimmen. Wo aber die Religion in die Herzen als zarte Pflanze nicht gefaßt ist, da helfen alle Regulative nichts. Ich möchte den Motiven des Abg. Stöder, aber dem Antrage des Abg. Windthorst zustimmen. Von welcher Kirche spricht denn Herr Stöder? Innerhalb der protestantischen Kirche etwa von seiner Richtung? Oder ist er geneigt, die ungeliebte Entwicklung des Protestantens oder gar des protestantischen Reformvereins zuzustimmen. Doch wohl kaum? Nein — und solange Sie nicht die Freiheit der Kirche wollen, kann ich nicht mit Ihnen gehen. Auf die Erfolge in Berlin kann Herr Stöder doch nicht stolz sein; sein Verdienst ist es doch wahrlich nicht, wenn in Berlin keine Sozialdemokraten gewählt worden. — Es scheint mir aber wenig geeignet, die Religionsfrage hier im Hause mit der wirtschaftlichen zu verquiden. Herr Stöder meint, der Atheismus sei die Ursache der Sozialdemokratie — weiß er wirklich nicht, daß das Elend, die schlechten Erwerbsverhältnisse der wahre Grund sind? Warum wundern Sie sich, daß Sie das Vertrauen der Arbeiter nicht mehr besitzen? Sie sind es doch, die für die Arbeiter patriarchalische Zustände herbeiführen wollen, die Konditionen über den Kirchenbesuch der Postbeamten verlangen. Im Reichstage selbst schließen wir die Sozialdemokraten von der Gesetzgebung aus, wir wählen sie nicht in die Kommissionen und außerhalb des Hauses verbieten wir ihnen die Diskussion. Und da verlangen Sie Vertrauen? Der oberste Grundsatz des Christentums ist es, Gerechtigkeit zu üben — das haben Sie nicht gethan, indem Sie das Sozialistengesetz angenommen.

Abg. Richter (Hagen): Ich muß das Haus gegen den Vorwurf in Schutz nehmen, als hätte es den Sozialdemokraten die Kommissionen verweigert. Wir haben die Sozialdemokraten oft zum Eintritt freundlich aufgefordert, sie haben es stets abgelehnt. — Was die Resolutionen betrifft, so werden wir gegen beide stimmen. Nicht als ob wir die Macht der Religion unterschätzen, aber weil sich aus der Resolution Windthorst eben Alles herauslesen läßt. Ebenso ist in der Resolution Stöder gleichfalls Alles Mögliche verborgen — besonders wenn man seines praktischen Christentums gedenkt. Die sensationelle Art, in der Herr Stöder an den Bischofsstühlen zur Bekämpfung der Unkirchlichkeit auffordert, mag Viele verstimmt haben — ich habe mir nicht Zeit genommen, seine Versammlungen zu besuchen. Herr Stöder meint dann, er hätte mit seiner Agitation die Sozialdemokratie bekämpft. (Heiterkeit.) Gerade, wo Herr Stöder sonst hingekommen, hat er stets indirekt sozialdemokratische Wahlen hervorgerufen. Daß er dies in Berlin nicht erreicht hat, das ist willkürlich am Allerwenigsten sein Verdienst.

Die Diskussion wird geschlossen.

Persönlich bemerkt

Abg. Stolle, daß er seinerzeit Dokumente auf den Tisch des Hauses niedergelegt habe, um seine Behauptung von der Unkirchlichkeit der höheren Kreise zu beweisen. Wenn Herr Stöder ihm sage, er solle bessere Moral unter seinen Genossen verbreiten, so rufe ich ihm dasselbe zu.

Abg. Dr. Lenzmann erklärt, daß er und sein Freund Wendt aus der Fortschrittspartei ausgeschieden seien, weil sie erkannt hätten, daß nach der Fusion mit den Sessionisten der sozialpolitische Standpunkt der Partei mit dem übrigen nicht übereinstimme.

Die Resolution Windthorst wird hierauf in namentlicher Abstimmung mit 178 gegen 115 Stimmen abgelehnt.

Dafür stimmten außer dem Centrum nur wenige Mitglieder der Deutschen Reichspartei, wie Herr v. D. und einige Deutschkonserervative, wie Herr v. Göler, Dr. Perrot, v. Uechtritz, Herr v. Ungern-Sternberg, außerdem die Polen und Elässer.

Die Resolution Stöder wird mit großer Majorität abgelehnt; dafür stimmt nur ein Theil der Deutschkonserativen.

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr.

T. D. Vorlage betr. den Feingehalt der Gold- und Silberwaaren,

Novelle zur Maß- und Gewichtsordnung, Berathung der Dynamit-Vorlage, Wahlprüfung. Schluß 5½ Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

86. Sitzung.

Berlin, 12. Mai. Am Ministertische: v. Puttkamer. Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 10½ Uhr. Das Haus tritt in die Tagesordnung ein und nimmt die Berathung der Novelle zum Kommunalsteuergesetz bei § 8 auf. § 8 Absatz 1 bestimmt, daß Gemeinden, denen nach § 2 ein Besteuerungsrecht nicht zusteht, doch, wenn eine erhebliche Steigerung ihrer Gemeindeabgaben durch den in einer anderen Gemeinde stattfindenden Betrieb von Berg-, Hütten-, Salzwerten, Fabriken oder Eisenbahnen verurthacht wird, beanspruchen können, daß ihnen ein angemessener Theil der in der letzteren Gemeinde erhobenen Steuer überwiesen werde.

Die Abgg. Büchtemann und Dirichlet beantragen hinter „Eisenbahnen“ einzuschalten „sowie der Land- und Forstwirtschaft.“ Die Abgg. Frei v. Guene und Frei v. Zedlitz beantragen dem § 8 folgende Fassung zu geben:

„Wenn in Folge des Betriebes von gewerblichen, bergbaulichen oder Eisenbahnanlagen in Gemeinden, welche in der Nachbarschaft belegen sind, denen aber betreffs dieser Anlagen ein Besteuerungsrecht nicht zusteht, nachweislich eine den Betrag von 10 pCt. des Gesamtaufkommens ihrer Staatssteuer übersteigende Erhöhung der Gemeindeabgaben erforderlich geworden ist oder wird, so sind dieselben befugt, von der abgabeberechtigten Gemeinde einen angemessenen Anteil der von dem Einkommen aus den Anlagen erhobenen Abgabe zu beanspruchen. Jedoch muß der abgabeberechtigten Gemeinde in jedem Falle die Hälfte des Steuerbetrages verbleiben, wobei die Mehrbesteuerung, die durch die Herausgabe eines Theiles der erhobenen Abgabe für die abgabeberechtigte Gemeinde notwendig wird, außer Berechnung zu lassen ist.“

Der Anspruch muß spätestens drei Monate vor Beginn des für die abgabeberechtigte Gemeinde geltenden Steuerjahres erhoben werden. Ueber den Anspruch beschließt, falls eine Einigung unter den Beteiligten nicht stattfindet, der Kreisaußschuß, wenn eine Stadtgemeinde betheilig ist, der Bezirksaußschuß.

Abg. v. Quast beantragt in Absatz des vorstehenden Antrags statt „eine den Betrag von 10 Prozent des Gesamtaufkommens ihrer Staatssteuer übersteigende Erhöhung“ zu setzen „Die Leistungsfähigkeit beeinträchtigende Ausgaben.“

Abg. Büchtemann hält ebenso wie den § 8, so auch den Antrag der Abgg. v. Guene und v. Zedlitz für undurchführbar. Die Fassung dieses Antrages zeigt, daß jene Herren doch noch wenig geeignet sind, in dem zukünftigen Staatsrath mitwirken zu können. — Will man aber das Prinzip des § 8 durchführen, so muß man auch die Land- und Forstwirtschaft berücksichtigen. In jedem Falle aber bringt die Annahme des § 8 einen großen Miß in das Verwaltungswesen unserer Kommunen.

Die Diskussion wird geschlossen. Hierauf werden sämtliche Anträge zu § 8 abgelehnt und sodann § 8 überhaupt gestrichen. (Gegen diesen § 8, der von der Kommission der Regierungsvorlage eingefügt worden war, hatte in zweiter Lesung die Regierung und die Linke des Hauses Einspruch erhoben.)

Die §§ 9 und 10 werden unverändert angenommen. In § 11 wird auf Antrag Guene-Zedlitz folgender Abs. 2 beschlossen:

„Der Anspruch findet jedoch nur statt, wenn das Einkommen des nach § 1 Abs. 1 Abgabepflichtigen in der Sitzgemeinde überhaupt besteuert wird. Ist der Steuerfug in der letzteren niedriger als in der Wohnsitzgemeinde, so wird das Einkommen aus der Betheiligung im Verhältnis des überschüssigen Theils des in der Wohnsitzgemeinde erhobenen Steuerbetrages in Berechnung gelassen.“ Ferner wird ein Zusatz angenommen, wonach der Anspruch spätestens 3 Monate vor Beginn des für die Wohnsitzgemeinde geltenden Steuerjahres erhoben werden muß.

Ein neu beschlossener § 11a handelt von der Art und Weise, in der die Ausführung der §§ 10 und 11 erfolgen soll.

Die übrigen §§ der Vorlage werden ohne Diskussion angenommen, womit die Vorlage in dritter Lesung genehmigt ist.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr. Tagesordnung: Nachtragsetat, Stempelsteuer, Unterbringung verwahrsamer Kinder. Schluß 12½ Uhr.

Briefe und Zeitungsberichte.

Berlin, 13. Mai.

— Die Abreise des Kaisers nach Wiesbaden, welche bekanntlich schon am Sonnabend angefahrt war, wird, wie verlautet, nunmehr morgen, Dienstag, Abends 10 Uhr erfolgen. Die bereits getroffenen Reise-Dispositionen bleiben in Geltung. Die Ankunft in Wiesbaden dürfte am Mittwoch Vormittag 9½ Uhr erfolgen. Die Equipagen und Pferde Sr. Majestät sind bereits am Sonnabend nach Wiesbaden abgegangen.

— Wie nach der „N. Pr. Ztg.“ verlautet, soll der Kaiser die Genehmigung zum Ausscheiden des Reichskanzlers Fürsten v. Bismarck aus dem preussischen Ministerium erteilt haben. Gestern Nachmittag trat das Staats-Ministerium unter dem Vorsitz des Reichskanzlers und Minister-Präsidenten Fürsten v. Bismarck im Reichskanzler-Palais zu einer Sitzung zusammen. Die Berathung war von mehrstündiger Dauer.

— Ueber die parlamentarische Geschäftslage wird der „Nat. Ztg.“ geschrieben:

„Man kann unter den jetzigen Umständen annehmen, daß die Session nicht vor der zweiten Julwoche schließen möchte. Das vorliegende Material wird dem Reichstage noch Stoff für drei bis vier Plenarsitzungen bieten; nach dem künftigen Donnerstag wird eine Pause von mindestens 8 Tagen eintreten. Vorher wird eine Reihe von Rechnungssachen und u. A. das Dynamitgesetz in erster Lesung erledigt werden; dasselbe wird dann zweifellos einer Kommission überwiesen. Motive zu demselben sind übrigens auch jetzt noch nicht erschienen. Nach der Stimmung im Reichstage darf man übrigens auf eine große Majorität für die Vorlage rechnen. Die Hauptarbeit für den Rest der Session und maßgebend für ihre Dauer bleibt unter allen Umständen das Unfallversicherungs-gesetz; dasselbe erfordert in der Kommission noch mindestens drei Wochen angestrengter Arbeit, um an das Plenum zu gelangen, welches sich also vor Pfingsten ganz sicher nicht mit dem Gegenstand wird zu beschäftigen haben.“

— Die Sozialdemokraten haben sich beeilt, den Reichskanzler beim Worte zu nehmen und die Verwirklichung des „Rechtes auf Arbeit“ zu verlangen. Vom Abg. Geiser und seinen Parteigenossen, unterstützt von den Abgeordneten Köhl und Benzmann, ist folgender Antrag im Reichstag eingebracht worden: „Den Bundesrath zu ersuchen, er möge dem Reichstag unverzüglich

einen Gesetzentwurf vorlegen, durch welchen das in der Reichstags-Sitzung des 9. Mai er, von dem Herrn Reichskanzler proklamirte Recht auf Arbeit zur Verwirklichung gelangt.“

Die Verwirklichung dieses „Rechtes“ werden die Antragsteller und wir wohl nicht erleben.

Baden-Baden, 12. Mai. Der Kaiserin ist die Reise trefflich bekommen. Appetit und Schlaf sind sehr gut. Gestern Nachmittag machte Allerhöchstdieselbe eine Ausfahrt. Die Frau Großherzogin von Baden war zur Begrüßung ihrer kaiserlichen Mutter aus Karlsruhe herübergekommen, dinstags mit Ihrer Majestät der Kaiserin und lehrte Abends nach Karlsruhe zurück.

Leipzig, 12. Mai. In dem heute früh 9 Uhr vor dem Reichsgerichte begonnenen Prozeß gegen den Schriftsteller Joseph Ignaz v. Krajszewski und den Hauptmann a. D. Rud. Alb. Franz Hentsch wegen Landesverrats führte der Senatspräsident Drenkmann den Vorsitz, die Reichsgerichtsräthe Präsident Dr. v. Beyerle, Thewalt, Schwarz, Kirchhoff, Krüger, Siechow, Petzsch, Spies, Freiesleben, Mittelstädt, Schaper, v. Bezold, Calame bildeten das Richterkollegium; die Staatsanwaltschaft vertrat der Oberreichsanwalt v. Sedendorf und der erste Staatsanwalt Dreplitt. Der Angeklagte Krajszewski erschien mit dem Rechtsanwalt Dr. Saul aus Berlin als Beistand; der Angeklagte Hentsch mit dem Rechtsanwalt Dr. Samter ebendaher. Die vorgeladenen 15 Zeugen und 7 Sachverständigen waren sämmtlich erschienen. Nach Verlesung des Anklagebuchs erfolgte die Vernehmung der beiden Angeklagten, die sich beide für nicht schuldig erklärten.

Wien, 11. Mai. Der Kaiser empfing heute den Generaladjutanten des Kaisers Wilhelm, General Grafen von der Goltz, in längerer Audienz und nahm ein Kondolenzschreiben Sr. Majestät des deutschen Kaisers aus dessen Händen entgegen. General Graf von der Goltz machte hierauf auch dem Minister des Auswärtigen, Grafen Kalnoky, einen Besuch.

Wien, 12. Mai. Der Generaladjutant des deutschen Kaisers, General Graf v. d. Goltz, ist heute nach Berlin zurückgereist.

Kopenhagen, 12. Mai. Der Legationssekretär bei der dänischen Gesandtschaft in Paris, Graf v. Knuth, ist zum dänischen Gesandten in Wien ernannt worden.

Alexandrien, 11. Mai. (Telegramm des „Reuter'schen Bureaus“.) Eine von Deutschen abgehaltene Versammlung beschloß eine Adresse an die deutsche Regierung zu richten, welche sich gegen die Stempelsteuer ausspricht, so lange sich Egypten in einem unregelmäßigen Zustande befindet und ebenso auch die Patentsteuer als dem Handel nachtheilig bezeichnet. Der Ankauf von Obligationen der unfruchtlichen Schuld sei zu empfehlen, die zurückgestellten Ueberschüsse reichten auch ohne Reduktion der Zinsen zur Bestreitung aller Bedürfnisse aus.

Kairo, 11. Mai. (Telegramm des „Reuter'schen Bureaus“.) An General Gordon sind auf allen in Betracht kommenden Wegen, auch via Massowah, neue Boten abgefannt worden, um ihm eine Botschaft Lord Granvilles vom 23. v. M. mit der Anfrage zu überbringen, wie viel Truppen er verlange; eine positive Zusicherung von Hilfe ist in der Botschaft gleichwohl noch nicht enthalten.

Locales und Provinziales.

Posen, 13. Mai.

* Herr Oberlandesgerichts-Präsident v. Kunowski hat sich zwecks amtlicher Revisionen nach Ditrowo und Adelnau begeben.

* Viktoria-Theater. Wir wollen das theaterliebende Publikum nochmals darauf aufmerksam machen, daß in der heutigen Aufführung der „Fledermaus“ Herr Hixigratz sich von Posen verabschieden wird, um zunächst in Rönitzberg ein Gastspiel zu begeben und dann am 28. d. Mts. ein auf Engagement berechnetes Gastspiel am Hoftheater in Karlsruhe anzutreten. — Dem gleichzeitig zum ersten Male aufstretenden I. Tenor, Herrn Schelle, geht ein guter Ruf voraus und dürfen wir dabei hoffen, daß die leibige Tenorfrage nunmehr eine befriedigende Lösung finden wird.

r. In Betr. der Beerdigung des Rabbinats-Affekors Landsberg wird uns noch mitgeteilt, daß dabei die Städte Gnesen, Rogasen, Samter und Schwieritz durch ihre Rabbiner vertreten waren. Am Grabe sprach nur der Rabbiner Dr. Feilchenfeld von hier, da der Verstorbene leiblich bestimmt hatte, daß nicht mehr als eine Leichenrede gehalten werden solle.

r. Die Warthe ist seit gestern nicht weiter gestiegen; der Wasserstand betrug heute Morgen, wie gestern, 2,62 Meter.

Telegraphische Nachrichten.

Petersburg, 12. Mai. (Priv.-Tel. b. „Pos. Stg.“) Das „Journal de St. Petersbourg“ benennt die Nachricht von der Abtretung Saraths durch Persien an Rußland. Es handele sich wahrscheinlich um eine Verwechslung der persischen Festung Saraths am rechten Ufer des Tedjend mit Alt-Saraths, einem wüsten Orte am anderen Ufer desselben Wäsenflusses; Alt-Saraths habe sich übrigens niemals im persischen Besitz befunden.

Warschau, 12. Mai. (Priv.-Tel. b. „Pos. Stg.“) Generalmajor Tolskoj, der neue Oberpostinspektor von Warschau, ist bereits hier eingetroffen.

Dresden, 12. Mai. Prinz Friedrich August, ältester Sohn des Prinzen Georg, hat sich zum Besuch der Universität heute nach Straßburg i. E. begeben.

München, 11. Mai. Der König empfing heute den neu ernannten russischen Gesandten, Baron von der Osten-Sacken, in feierlicher Antritts-Audienz und begab sich darauf zu längerem Aufenthalt nach Schloß Berg.

Kassel, 12. Mai. Wie auch die „Hessische Morgenzeitung“ erfährt, dürfte der am 26. d. M. stattfindenden Vermählungsfeier des Erbprinzen von Anhalt mit der Prinzessin von Hessen-Philippsthal neben zahlreichen anderen Fürstlichkeiten auch die Kaiserin von Rußland beiwohnen.

Kassel, 12. Mai. In dem Kohlenbergwerke bei Hessa (Niederhessen) sind durch schlagende Wetter mehrere Bergleute getödtet worden.

Karlsruhe, 12. Mai. Die zweite Kammer hat das Gesetz betreffend den Bau der Eisenbahn Sedach-Buchen-Waldbörn zum Anschluß an die Odenwaldbahn angenommen.

Produkten-Börse.

Berlin, 12. Mai. Bind. N.D. Wetter: Prachtvoll.

Die überaus fruchtbare Witterung und theilweise sehr kalten Berichte ließen zwar den heutigen Verkehr nicht ganz unberührt, aber der Einfluß dieser Momente war ein so minimaler, daß die Tendenz unter Berücksichtigung dieser Thatsachen eher fest genannt zu werden verdient.

Getreide. Weizen in seiner inländischer Waare gut beachtet, aber schwach offerirt. Termine setzten unter dem Einbruche der gründlich kalten Newyorker Notierungen wesentlich billiger ein, zeigten sich aber gegenüber mäßiger Deckungsfrage sehr knapp angeboten, weil die österr-eichisch-ungarischen Märkte feste Berichte und Kaufordres gesandt hatten.

Getreide. Roggen ging zu unveränderten Preisen sehr wenig um. Der Terminhandel verlief fast wintertlich still. Kommissionäre waren außerordentlich unthätig, so daß ganz geringfügiges und zufälliges Nebengewicht von Frage oder Angebot die Haltung beeinflussten, daher auch die in den Notierungen vorkommenden mannigfachen Schwankungen.

Getreide. Hafer sehr fest und besser. Termine fest, laufender höher. Von Aiga wurden Kleinigkeiten a 122-133 nach Qualität etc. Stettin gebandelt. Von Petersburg war nichts Rentables angeboten. Roggenmehl schwach preisbaltend. Mais fest und höher.

Getreide. Spiritus in effizienter Waare reichlich zugeführt, wurde zu erhöhter Notiz von Fabrikanten schlanf aus dem Markte genommen.

Termine erstreuten sich reger Kauflust und durchgängiger Besserung von etwa 1/2 R., schloffen auch recht fest.

Getreide. Weizen per 1000 Kilogramm loco 165-208 Mark nach Qualität, gelbe Lieferungsqualität 167 Mark, abgelaufene Rübungs-scheine, feiner untermächtiger - frei Wagen bez., per diesen Monat - bez., per Juni-Juli 167,25-167,5 bez., per Juni-Juli 168 bis 169-168,5 bez., per Juli-August 170,5-171-170,5 bez., per Sept.-Oktober 173,5-174-173,5 bez., Oktober-November - Durchschnittspreis - R. Gefündigt 3000 Zentner. Rübungspreis 167,5 R.

Getreide. Roggen per 1000 Kilogramm loco 137-152 nach Qualität, Lieferungsqualität 144,25 R., abgelaufene Anmeldungen -, russischer 144-144,75 R. ab Boden bez., mittel polnischer - Markt ab Bahn bez., Hammer polnischer -, inländischer gerinner - R. ab Bahn bez., per diesen Monat, per Juni-Juli 144,25-144,75 R. bez., per Juni-Juli 143,75-144,5 bez., per Juli-August 143,25-143,5 R. bez., per August-Sept. - bez., per Sept.-Oktober 143,25-143,5 R. bez., per Oktober-November -. Durchschnittspreis - R. Gefündigt 14 000 Zentner. Rübungspreis 144,5 R.

Getreide. Gerste per 1000 Kilogramm große und kleine 135-200 R. nach Qualität bez., Futtergerste - Markt ab Bahn bez.

Getreide. Hafer per 1000 Kilogr. loco 135-167 nach Qual., Lieferungsqualität 138,5 R., pommerischer - ab Boden bez., schlesischer, böhmischer und mährischer -, russischer mittel 138-146 R. ab Boden, Wagen und Bahn bez., feiner 152-158 ab Boden, Wagen und Bahn bez., preussischer - ab Bahn bez., per diesen Monat 138,25-138,75 bez., per Juni-Juli 138,25-138,75 bez., per Juli-August 138,25-138,75 bez., per August-September - bez., per September-Oktober 136-133,5 bez., Durchschnittspreis - R. bez.

Getreide. Erbsen Roggwaare 180-230, Futterwaare 157-167 R. per 1000 Kilogr. nach Qualität

Kartoffelmehl per 100 Kilogramm brutto incl. Sad. Solo - R. nach Qual., per diesen Monat 25,50 R., per Mai-Juni 20,50 R. R., 20,25 R. G., per Juni-Juli - per Juli-August - per August-Sept. 20,75 R., 20,50 G., per Sept.-Oktober - Durchschnittspreis - Rübungspreis - R.

Getreide. Trockene Kartoffelstärke per 100 Kilogramm brutto incl. Sad. Solo -, per diesen Monat 20,50 R., per Mai-Juni 20,50 R., 20,25 R. G., per Juni-Juli -, per Juli-August -, per August-Sept. 20,75 R., 20,50 G., Sept.-Okt. - R. G. Durchschnittspreis - R.

Getreide. Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilogramm unverfeuert incl. Sad. per diesen Monat und per Mai-Juni 20,40 bez., per Juni-Juli 20,35 bez., per Juli-August 20,10-20,15 bez. Gel. - Str. Rübungspreis - R.

Getreide. Weizenmehl Nr. 00 26,25-25,00, Nr. 0 24,75-23,00, Nr. 0 u. 1 22,00-21,00. Roggenmehl Nr. 0 22,75-20,75, Nr. 0 u. 1 20,50 bis 17,75 R.

Getreide. Kübbel per 100 Kilogramm loco mit Faß - R., ohne Faß - bez., per diesen Monat 55,4 R., abgelauf. Anmeldungen - bez., per Juni-Juli 55,1 R., per Juni-Juli 55,1, 16: Juli-August - bez., per August-September - bez., per September-Oktober 54,8 R., per Oktober-November - bez. Gefündigt - Zentr.

Getreide. Petroleum, raffiniertes (Standard white) per 100 Kilogr. mit Faß in Pöthen von 100 Str., loco - bez., per diesen Monat 23,4 R., per Sept.-Okt. 23,9 R.

Getreide. Spiritus. Per 100 Liter a 100 pSt. = 10,000 Liter pSt. loco ohne Faß 48,8 R. bez., Rübungs-scheine -, loco mit Faß - bez., per diesen Monat und per Mai-Juni 48,9-49,4 R. bez., per Juni-Juli 49,3-49,8 bez., per Juli-August 50,2-50,7 bez., per Aug.-Sept. 50,6-51,2 R. bez., per September -, per September-Oktober 50,3-50,5 bez. Gefündigt 160 000 Liter. Rübungspreis 49,2.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 12. Mai. Die heutige Börse wies bei Eröffnung und in ihrem ferneren Verlaufe ziemlich feste Haltung auf. Die Kurse erschienen auf spekulativem Gebiet wenig verändert, aber vielfach um Kleinigkeiten höher. Das Geschäft entwickelte sich ziemlich allgemein sehr ruhig. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Notierungen waren zumeist fest, boten aber sonst keine geschäftliche Anregung dar.

Der Kapitalmarkt bewahrte gute Festigkeit für heimische solide

Anlagen, und fremde, festen Zins tragende Papiere konnten ihr Preisniveau umweit behaupten.

Die Kassawerte der übrigen Geschäftszweige blieben meist ruhig bei fester Gesamthaltung.

Der Privatdiskont wurde mit 2 1/2 pSt. notirt.

Auf internationalem Gebiet gingen österreichische Kreditaktien mit unweentlichen Schwankungen mäßig lebhaft um; Franzosen und Lombarden waren etwas besser, andere österreichische Bahnen fest. Von den fremden Fonds sind Italiener als fester und ziemlich beliebt, ungarische Goldrente als behauptet, russische Anleihen und russische Noten als schwach zu bezeichnen.

Deutsche und preussische Staatsfonds wiesen in fester Haltung normales Geschäft auf; inländische Eisenbahnprioritäten behauptet und ruhig.

Banaktien waren ruhig und behauptet; Diskont-Kosmandita-Anteile wenig verändert, Deutsche Bank fest.

Industriepapiere waren fest und meist ruhig; Brauereiaktien lebhafter; Bergwerksaktien still.

Inländische Eisenbahn-Aktien fest und lebhafter; Mecklenburgische, Ostpreussische Südbahn und Marienburg-Mlawka etwas höher, Gotthardbahn fester.

Umrechnungs-Sätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Franks = 80 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden südd. Währung = 12 Mark. 100 Gulden holl. Währung = 170 Mark. 1 Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 320 Mark. Avre Sterling = 20 Mark.

Table with multiple columns: Wechsel-Kurse, Ansländische Fonds, Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Aktien, Berlin-Dresd. v. St., Defl. Lit. B. (Elbeth), Nordd. Bank, Industrie-Aktien, Dividende pro 1883, Bank-Aktien, Dividende pro 1883, Hypotheken-Certifikate, Eisenbahn-Prioritäts-Aktien und Obligationen.